

# Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

4. Jahrgang

Düsseldorf, den 22. März 1950

Nummer 10

| Datum     | Inhalt                                                                                                                                                           | Seite |
|-----------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| 21. 2. 50 | Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zahlung von Unterhaltsbeträgen an frühere berufsmäßige Wehrmachtsangehörige und ihre Hinterbliebenen vom 11. Juli 1949 | 35    |
| 15. 2. 50 | Anordnung Nr. 1/50 über Höchstpreise für das Abschleppen von Kraftfahrzeugen im Nahverkehr im Lande Nordrhein-Westfalen                                          | 35    |
| 28. 2. 50 | Bekanntmachung der Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen. Betrifft: Wochenausweis                                                                            | 36    |

## Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zahlung von Unterhaltsbeträgen an frühere berufsmäßige Wehr- machtsangehörige und ihre Hinterbliebenen vom 11. Juli 1949.

Vom 21. Februar 1950.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat am 31. Januar 1950 folgendes Gesetz beschlossen:

Das Gesetz über die Zahlung von Unterhaltsbeträgen an frühere berufsmäßige Wehrmachtsangehörige und ihre Hinterbliebenen vom 11. Juli 1949 (GV. NW. S. 255) wird wie folgt geändert:

### Artikel 1

§ 5 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

1. Die Höhe der Unterhaltsbeträge wird nach den ruhegehaltsfähigen Dienstbezügen des früheren Wehrmachtsangehörigen und der Dauer seiner Dienstleistung bemessen. Es erhalten Empfangsberechtigte mit gesetzlichen Versorgungsbezügen (ohne Abzug nach den Gehaltskürzungsverordnungen)

bis zu einem Jahresbezug

|                      |                   |
|----------------------|-------------------|
| von 1200 DM          | 100 DM monatlich  |
| von 2400 DM          | 175 DM monatlich  |
| von 3600 DM          | 210 DM monatlich  |
| von 4800 DM          | 245 DM monatlich  |
| von mehr als 4800 DM | 280 DM monatlich. |

Waisen erhalten ein Fünftel, Vollwaisen ein Drittel des Unterhaltsbetrages der Witwe.

Der Unterhaltsbetrag darf nicht höher sein als der frühere gesetzliche Versorgungsbezug.

### Artikel 2

§ 8 wird gestrichen.

### Artikel 3

§ 9 wird § 8 und erhält folgende Fassung:

Die Vorschriften der Dritten Sparverordnung über die Anrechnung von Einkommen aus einer Verwendung im

öffentlichen Dienst oder von privaten Arbeitseinkommen finden Anwendung.

§ 10 wird § 9.

§ 11 wird § 10.

### Artikel 4

Der Finanzminister wird ermächtigt, den Wortlaut des Gesetzes über die Zahlung von Unterhaltsbeträgen an frühere berufsmäßige Wehrmachtsangehörige und ihre Hinterbliebenen in der Fassung dieses Abänderungsgesetzes im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekanntzugeben.

### Artikel 5

Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1950 in Kraft.

Düsseldorf, den 21. Februar 1950.

Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Der Ministerpräsident:  
Arnold.

Der Finanzminister:  
Dr. Weitz.

## Anordnung Nr. 1/50 über Höchstpreise für das Abschleppen von Kraftfahrzeugen im Nahverkehr im Lande Nordrhein-Westfalen.

Vom 15. Februar 1950.

Auf Grund des § 2 des Übergangsgesetzes über Preisbildung und Preisüberwachung (Preisgesetz) vom 10. April 1948 (WIGBl. S. 27), verlängert durch Gesetz vom 21. Januar 1950 (BGBl. S. 7), in Verbindung mit der Anordnung über Preisbildung und Preisüberwachung nach der Währungsreform vom 25. Juni 1948 (WiGBl. S. 61) wird angeordnet:

### § 1

Für das Abschleppen von Kraftfahrzeugen im Nahverkehr werden folgende Höchstsätze (die unter- aber nicht überschritten werden dürfen) festgesetzt:

| 1. Berechnungsgrundlagen bis                            | Gewicht des abzuschleppenden Fahrzeuges |      |      |        |        |        |        |               |
|---------------------------------------------------------|-----------------------------------------|------|------|--------|--------|--------|--------|---------------|
|                                                         | 1000                                    | 2500 | 5000 | 10 000 | 15 000 | 25 000 | 35 000 | üb. 35 000 kg |
| Gebühr für die Benutzung des Abschleppgerätes je Stunde | 2,70                                    | 3,00 | 6,70 | 7,50   | 9,00   | 11,00  | 13,00  | 15,00 DM      |
| Leerkilometer                                           | 0,25                                    | 0,30 | 0,45 | 0,50   | 0,60   | 0,80   | 1,00   | 1,20 DM       |
| Schleppkilometer                                        | 0,50                                    | 0,60 | 0,90 | 1,10   | 1,30   | 1,60   | 2,00   | 2,40 DM       |

Arbeitsstundenpreis der Bergungsmannschaft  
je Mann und Stunde 2,75 DM.

Bei beladenen Fahrzeugen ist das Gewicht der Ladung dem Gewicht des abzuschleppenden Fahrzeuges zuzurechnen.

2. Bei Abschleppleistungen bis 10 km Entfernung vom Standort des Abschleppgerätes und einer Arbeitszeit bis zu einer Stunde können anstatt der Vergütungssätze Ziff. 1 nachstehende Pauschalpreise berechnet werden:

|               |       |
|---------------|-------|
| bis 1 000 kg  | 13 DM |
| 2 500 kg      | 16 DM |
| 5 000 kg      | 22 DM |
| 10 000 kg     | 25 DM |
| 15 000 kg     | 28 DM |
| 25 000 kg     | 32 DM |
| 35 000 kg     | 36 DM |
| üb. 35 000 kg | 40 DM |

3. Die Vergütung für den Fahrer ist mit den Höchstsätzen der Ziff. 1 und 2 abgegolten.

## § 2

1. Bei der Verwendung von Abschlepp-Fahrzeugen mit Motorspill oder motorisch angetriebenem Hubwerk kann ein Zuschlag von 13 DM je Stunde Benutzungsdauer berechnet werden. Überstunden-, Nacht- und Feiertagszuschläge richten sich nach den für das Kraftfahrzeughandwerk geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

2. Bei Benutzung behelfsmäßiger Abschleppgeräte ist ein Abschlag von 10 Prozent der Abschlepppreise vorzunehmen.

## § 3

Der Fuhrunternehmer hat für jede Abschleppleistung eine Rechnung auszustellen. In der Rechnung ist anzugeben:

- das Gewicht des abgeschleppten Fahrzeuges,
- die Benutzungsdauer,
- die gefahrenen Leer- und Lastkilometer,
- die Anzahl der für die Bergung eingesetzten Arbeitskräfte.

Die Rechnung kann auf volle 0,10 DM nach oben abgerundet werden.

## § 4

Auf Abschleppleistungen, die als Teil eines Werkvertrages durchgeführt werden, findet diese Anordnung keine Anwendung.

## § 5

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung werden nach dem Gesetz zur Vereinfachung des Wirtschaftsstrafrechts (Wirtschaftsstrafgesetz) vom 26. 7. 1949 (WiGBl. S. 193) bestraft.

## § 6

Die Anordnung tritt am Tage der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig treten alle entgegenstehenden Bestimmungen für das Land Nordrhein-Westfalen außer Kraft.

Düsseldorf, den 15. Februar 1950.

Der Wirtschaftsminister  
des Landes Nordrhein-Westfalen.  
— Preisbildungsstelle —

In Vertretung: Dr. Ewers.

## Bekanntmachung der Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen.

Betrifft: Wochenausweis der Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen vom 28. Februar 1950

| Aktiva                                                                        |           | (Beträge in 1000 DM)                      |                                                                                           | Passiva                                   |            |
|-------------------------------------------------------------------------------|-----------|-------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------|------------|
|                                                                               |           | Veränderungen gegen-<br>über der Vorwoche |                                                                                           | Veränderungen gegen-<br>über der Vorwoche |            |
| Guthaben bei der Bank deut-<br>scher Länder*)                                 | 199 995   | + 126 616                                 | Grundkapital                                                                              | 65 000                                    | —          |
| Postscheckguthaben                                                            | 15        | — 353                                     | Rücklagen und Rückstel-<br>lungen                                                         | 7 034                                     | —          |
| Wechsel und Schecks                                                           | 210 302   | + 38 043                                  | Einlagen                                                                                  |                                           |            |
| Schatzwechsel und kurzfristige<br>Schatzanweisungen der<br>Bundesverwaltungen | 59 810    | + 4 810                                   | a) von Kreditinstituten<br>innerhalb des Landes<br>(einschl. Postscheck-<br>ämter)        | 282 744                                   | — 18 517   |
| Ausgleichsforderungen                                                         |           |                                           | b) von Kreditinstituten<br>in anderen deutschen<br>Ländern                                | 59                                        | — 107      |
| a) aus der eigenen Umstel-<br>lung                                            | 454 879   | —                                         | c) von öffentlichen Ver-<br>waltungen                                                     | 335 431                                   | — 32 724   |
| b) angekaufte                                                                 | 50 789    | + 1 076                                   | d) von Dienststellen der<br>Besatzungsmächte                                              | 11 309                                    | — 1 246    |
| Lombardforderungen gegen                                                      |           |                                           | e) von sonstigen inlän-<br>dischen Einlegern                                              | 87 828                                    | — 34 653   |
| a) Wechsel                                                                    | 5 808     | + 2 295                                   | f) von ausländischen<br>Einlegern                                                         | 22                                        | — 1        |
| b) Ausgleichsforderungen                                                      | 50 839    | + 2 372                                   | g) zwischen den Zweig-<br>anstalten der LZB<br>unterwegs befindliche<br>Giroübertragungen | 17 385                                    | + 14 151   |
| Beteiligungen an der BdL                                                      | 28 000    | —                                         | Lombardverpflichtungen<br>gegenüber der BdL gegen<br>Ausgleichsforderungen                | 248 630                                   | + 248 630  |
| Sonstige Vermögenswerte                                                       | 50 961    | + 1 393                                   | Sonstige Verbindlichkeiten                                                                | 55 976                                    | + 719      |
|                                                                               |           |                                           | Indossamentsverbindlich-<br>keiten aus weiterbegebe-<br>nen Wechseln                      | (546 022)                                 | (+ 60 869) |
|                                                                               | 1 111 418 | + 176 252                                 |                                                                                           | 1 111 418                                 | + 176 252  |

\*) Mindestreserve gemäß § 6 Emissionsgesetz  
im Durchschnitt des Monats Februar 1950: Veränderungen gegen  
den Vormonat:  
Reserve-Soil. 85 674 + 4 030  
Reserve-Ist 85 674 + 4 030

Übrige ausweispflichtige Positionen ohne Bestand.

Düsseldorf, den 28. Februar 1950.

Landeszentralbank von Nordrhein-Westfalen.  
(Unterschriften.)